



Geschichte

Für viele Angehörige der deutschen Armee war der Krieg auf dem Rückzug in Süddeutschland zu Ende gegangen. Die verschiedensten Arten von Munition wie Granaten, Panzerfäuste, Minen u.v.a. wurden in aller Eile vor dem Zugriff der nachrückenden alliierten Truppen beseitigt. Oft kam es aber auch vor, dass Munition in Seen und Flüssen versenkt oder auch einfach nur planlos weggeworfen wurde. Ein Großteil der Munition wurde in Depots oder auf anderen Sammelstellen, oftmals nur lose aufgehäuft, gesprengt oder in alten Bombentrichtern vergraben. Bei diesen Vernichtungssprengarbeiten wurde jedoch der größte Teil der gefährlichen Munition ohne zu detonieren im weiteren Umkreis um die Sprengstellen verstreut oder durch die Druckwelle in den Boden gepresst.

Während die großen Industriezentren Baden-Württembergs wie z. B. Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Heilbronn, Friedrichshafen und Ulm mehrfach durch große alliierte Bombengeschwader angegriffen wurden, sind kleinere Industriegebiete und Depots vermehrt durch Jagdbomber der alliierten Streitkräfte bombardiert worden. Da ein nicht ganz unerheblicher Teil der abgeworfenen Bomben und auch der anderen verwendeten Munition durch Fehlfunktionen nicht zur Umsetzung kamen und während der Kriegswirren nicht mehr entschärft bzw. geborgen werden konnten, stellen all diese Kampfmittel auch noch bis heute eine erhebliche Gefährdung für die Bevölkerung dar.

Anfänglich wurden zur Kampfmittelräumung des Landes von einzelnen Kreisen so genannte Sprengkommandos eingesetzt, die teilweise aus Nichtfachleuten zusammengesetzt waren. Ab August 1946 wurde die Zuständigkeit mit Genehmigung der Militärregierung an das Innenministerium übertragen. Im Laufe der Zeit wurden zu besserer Koordinierung und Flächenabdeckung der Arbeiten in den Regierungsbezirken Südwürttemberg-Hohenzollern, Südbaden, Nordbaden und Nordwürttemberg Sprengkommandos gebildet, die die Entmunitionierungsarbeiten vorantrieben. Diese Sprengkommandos waren mit Fachleuten besetzt, sodass ab diesem Zeitpunkt von einer fachgerechten Beseitigung der Munition gesprochen werden kann.

Nach Änderung des Landesverwaltungsgesetzes wurde die Zuständigkeit für die Kampfmittelbeseitigung im Land Baden-Württemberg mit Wirkung vom 1. Mai 1971 auf das Regierungspräsidium Nordwürttemberg übertragen. Das verbliebene Personal der anderen Regierungsbezirke wurde übernommen, so dass die Beschäftigtenzahl beim Regierungsbezirk Nordwürttemberg auf 6 Feuerwerker und 26 Arbeiter anstieg. Leider blieben die Sprengkommandos von schweren Unfällen mit Munition nicht verschont. So wurden seit Kriegsende bei den oftmals lebensgefährlichen Arbeiten 13 Mitarbeiter tödlich verletzt.

Heute sind beim Kampfmittelbeseitigungsdienst 34 Mitarbeiter beschäftigt. Sie setzen sich zusammen aus 9 Feuerwerkern, 4 Munitionsvorarbeitern, 10 Munitionsarbeitern, 2 Mitarbeitern in der Waffenannahme, 6 Luftbildauswertern und 3 Verwaltungsmitarbeiter